Antrag Ge-6
Juso-Bezirk Hannover**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Mehr Gleichberechtigung – Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern**

- 1 Deswegen schlagen wir eine Reihe von Maßnahmen
2 vor, welche zukünftig ermöglichen sollen, dass beide
3 Ehepartner*innen oder Eltern die in einer eingetra-
4 genen
5 Lebenspartnerschaft leben auch nach der Geburt
6 der Kinder Vollzeit arbeiten können:
- 7 • Zunächst muss das Ehegattensplitting abge-
8 schafft werden. Stattdessen soll aus den er-
9 höhten Steuereinnahmen das Elterngeld er-
10 höht werden, um die Familien unabhängig
11 vom Verdienst der Ehepartner*innen zu för-
12 dern. Nach dem Ende des Elterngeldes, wer-
13 den Eltern über eine gleichberechtigte Steuer-
14 entlastung gefördert, die unabhängig ist von
15 der Art des Familienmodells.
 - 16 • Es muss für eine vollumfängliche, ganztägige
17 und kostenlose Kinderbetreuung gesorgt wer-
18 den, die es beiden Eltern ermöglicht, mit dem
19 Ende des Elterngeldes, wieder Vollzeit zu ar-
20 beiten. Die gesicherte Kinderbetreuung sollte
21 deshalb schon vor Vollendung des ersten Le-
22 bensjahres beginnen. Kita- und Krippenplätze
23 müssen deswegen noch weit intensiver aus-
24 gebaut werden, als dies bisher in Planung ist.
 - 25 • Damit sowohl Männer und Frauen zu gleichen
26 Teilen Elternzeit nehmen, sollte dies über das
27 Elterngeld subventioniert werden. Nur wenn
28 beide Lebenspartner*innen gleichviel Eltern-
29 zeit nehmen, soll dieses zur vollen Höhe aus-
30 gezahlt werden. Die Höhe des Elterngeldes soll
31 dabei nach dem Familieneinkommen bemes-
32 sen werden. Alleinerziehende bekommen das
33 volle Elterngeld ausgezahlt und können den
34 vollen Zeitraum Elternzeit nehmen.
 - 35 • Um zu verhindern, dass der Mann, auch in
36 vergleichbaren Berufen der Besserverdienende
37 ist, und deswegen es finanziell sinnvoller
38 ist, wenn die Frau Elternzeit nimmt, muss end-
39 lich die Gehaltlücke zwischen den Geschlech-
40 tern geschlossen werden („Gleicher Lohn für
41 gleiche Arbeit“).
 - 42 • Unternehmen die ihre Mitarbeiter*innen für
43 das beantragen von Elternzeit benachteiligen,
44 werden sanktioniert. Eine solche Benachteili-

45 gung kann bei einer Behörde durch Geschädigte angezeigt werden.
46

47

48 **Begründung**

49 In keinem europäischen Land wird das traditionelle Familienbild sowie die traditionelle Ehe, in einem vergleichbaren Maße staatlich gefördert, wie in der Bundesrepublik Deutschland. Dies hat nicht nur ideelle Folgen, sondern ist außerdem mitverantwortlich dafür, dass alljene, die diesem Modell nicht folgen, finanziell bestraft und benachteiligt werden. Besonders betroffen sind hierbei die Gruppe der alleinerziehenden Eltern. Aus einer Monitorstudie von 2010 geht hervor, dass 19 Prozent aller Familien mit Kindern, Alleinerziehenden sind. Hiervon sind weiterhin 58 Prozent geschieden.

61 Aus dieser Studie geht weiterhin hervor, dass 39 Prozent der Alleinerziehenden Eltern weniger als 1.300 Euro im Monat verdienen. Nur acht Prozent verdienen mehr als 2.300 Euro. Fast die Hälfte verdient zwischen 1.300 und 2.600 Euro. Weiterhin geht aus dieser Studie hervor, dass 30 Prozent auf zusätzliche Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe angewiesen. Da 90 Prozent der alleinerziehenden Mütter sind, zeigt sich das insbesondere Frauen Gefahr laufen, in die Einkommensarmut zu verfallen, sollte die Ehe scheitern.

72 Diese bedauernswerte Lage wird durch den Staat aktiv gefördert:

- 74 • Durch das Ehegattensplitting werden die Gehälter der Ehepartner*innen zusammenge-
75 rechnet, und daraufhin für die Berechnung der
76 jeweiligen Steuern wieder hälftig geteilt. Da-
77 durch entsteht ein enormes Steuerersparnis
78 für verheiratete Paare, insbesondere wenn ei-
79 ne*r der Lebenspartner*innen, meistens die
80 Frau, nicht arbeitet. Es lohnt sich somit aus fi-
81 nanzieller Sicht mehr, wenn die Frau nicht ar-
82 beitet und somit auch nicht vorsorgt für eine
83 mögliche Zeit nach der Ehe.
- 85 • Da das Angebot an frühzeitiger und ganztä-
86 giger Kinderbetreuung in Deutschland noch
87 weit hinter dem europäischen Vergleich zu-
88 rück ist, ist es oftmals schwierig, Kind und
89 Beruf zu vereinbaren. Es werden zwar im-
90 mer mehr Kitas und Krippen gebaut und auch
91 Ganztagsangebote geschaffen, dies ist aber
92 noch lange nicht ausreichend, um eine un-
93 komplizierte Rückkehr in den Beruf nach der

94 Geburt zu ermöglichen. Auch das Betreuungsgeld als Herdprämie muss abgeschafft werden.
95
96
97 • Obwohl die Möglichkeit besteht, dass beide Lebenspartner*innen Elternzeit nehmen können, tun dies immer noch hauptsächlich Frauen.
98 2015 haben 41,6 Prozent der Frauen mit Kindern unter drei Jahren Elternzeit genommen.
99 Dem gegenüber standen nur 2,5 Prozent der Männer. Bei Frauen mit Kindern unter
100 sechs Jahren nahmen 24,1 Prozent Elternzeit. Dem gegenüber standen nur 1,5 Prozent der
101 Männer. Dies hängt damit zusammen, dass es einerseits nicht vom Staat gefördert wird,
102 gleichberechtigt Elternzeit zu nehmen und andererseits die Wirtschaft diese benachteiligt.
103 Nimmt man sich Elternzeit heißt dies zumeist, seine berufliche Karriere aufzugeben. Da außerdem,
104 durch die ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern, entscheiden sich die Familien
105 aus finanzieller Sicht zumeist, dass der besserverdienende, oftmals der Mann, arbeitet,
106 während die Frau Elternzeit nimmt. Auch hiermit hängt es zusammen, dass insbesondere
107 geschiedene Frauen später in die Einkommensarmut verfallen.
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121 Quellen: [https://www.bmfsfj.de/blob/76232/4abc3b6124fccc2766fd4cc11e87c/monitor-](https://www.bmfsfj.de/blob/76232/4abc3b6124fccc2766fd4cc11e87c/monitor-familienforschung-ausgabe-28-data.pdf)
122 [familienforschung-ausgabe-28-data.pdf](https://www.bmfsfj.de/blob/76232/4abc3b6124fccc2766fd4cc11e87c/monitor-familienforschung-ausgabe-28-data.pdf)
123